

Beschluss der Mitgliederversammlung vom 5. November 2021 zur Ergänzung der Satzung

Die Mitgliederversammlung der Ingenieurkammer Hessen hat am 5. November 2021 gemäß § 30 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 33 des Hessischen Ingenieur- und Ingenieurkammergesetz (HInG) in der jeweils geltenden Fassung folgende Ergänzung der Satzung beschlossen, die vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen am 20.01.2022 gemäß § 36 Abs. 3 Satz 2 HInG genehmigt worden ist (Az: III-2-B-043-b-10-01#003).

Anlage zur Hauptsatzung der Ingenieurkammer Hessen¹

Verfahren bei geheimen elektronischen Abstimmungen und Wahlen durch die Organe

§ 1

- (1) Die nachfolgenden Regelungen finden auf geheime elektronische Abstimmungen einschließlich Wahlen durch die Organe der Ingenieurkammer Hessen Anwendung.
- (2) Finden die Versammlungen der Organe in Anwendung des § 32a HInG statt, sind den Mitgliedern rechtzeitig vor der Sitzung folgende Unterlagen zu überlassen:
 1. Informationen zum Ablauf der Abstimmungen bzw. Wahlen und zur Nutzung des Abstimmungssystems,
 2. die Zugangsdaten zum Abstimmungssystem und
 3. rechtliche sowie sicherheitsbezogene Hinweise.
- (3) Die Stimmabgabe erfolgt mittels eines Abstimmungssystems. Das Abstimmungssystem ermöglicht die Stimmabgabe mittels Bereitstellung oder Aufruf eines elektronischen Stimmzettels über eine mitzuteilende Internetadresse.
- (4) Die Stimmabgabe erfolgt persönlich in elektronischer Form, was durch den Stimm- bzw. Wahlberechtigten elektronisch zu bestätigen ist. Die Authentifizierung für den elektronischen Zugang zum Stimm- oder Wahlzettel erfolgt mit den zur Verfügung gestellten Zugangsdaten zum Abstimmungssystem. Bei geheimer Abstimmung ist zusätzlich zu bestätigen, dass die Stimmabgabe unbeobachtet erfolgt.
- (5) Die Stimm- bzw. Wahlberechtigten sind über geeignete Sicherheitsmaßnahmen zu informieren, mit denen das für die Abstimmungs- bzw. Wahlhandlung genutzte Endgerät gegen Eingriffe Dritter nach dem aktuellen Stand der Technik geschützt wird und damit ihre Stimmabgabe nicht durch Angriffe von außen, insbesondere mittels Viren und „Trojanern“, manipuliert oder ausgespäht werden kann. Auf kostenfreie Bezugsquellen geeigneter Software ist vorab hinzuweisen. Die Kenntnisnahme der Sicherheitshinweise ist durch den Stimm- bzw. Wahlberechtigten vor Beginn der Anmeldung und Authentifizierung in elektronischer Form zu bestätigen.
- (6) Die elektronische Abstimmung bzw. Wahl erfolgt durch Kennzeichnung der Möglichkeiten der Abstimmung (Ja/Nein/Enthaltung) oder der zu wählenden Kandidaten auf dem elektronischen Stimmzettel im Abstimmungssystem.
- (7) Bei der elektronischen Stimmabgabe gilt die Stimm- bzw. Wahlberechtigung als gegeben, wenn die Stimmabgabe unter Verwendung der dem Stimm- bzw. Wahlberechtigten mitgeteilten Zugangsdaten geschieht und bei Stimmabgabe auf Abfrage bestätigt wird, dass die Zugangsdaten berechtigt genutzt werden. Durch das verwendete elektronische System ist sicherzustellen, dass das Stimmrecht nicht mehrfach ausgeübt werden kann.
- (8) Der elektronische Stimmzettel ist entsprechend der im Abstimmungssystem enthaltenen Anleitung elektronisch auszufüllen und abzusenden.

¹ Aufgrund der besseren Lesbarkeit wurde im Vorschlag die männliche Form verwendet. Alle Personen und Amtsbezeichnungen dieses Vorschlags gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

(9) Der Stimm- bzw. Wahlberechtigte muss bis zur endgültigen Stimmabgabe die Möglichkeit haben, seine Eingaben zu korrigieren oder die Abstimmung bzw. Wahl abzubrechen. Ein Absenden der Stimme ist erst auf der Grundlage einer elektronischen Bestätigung durch den Stimm- bzw. Wahlberechtigten zu ermöglichen. Die Übermittlung muss für den Stimm- bzw. Wahlberechtigten am Bildschirm erkennbar sein. Mit dem Hinweis über die erfolgreiche Stimmabgabe gilt diese als vollzogen.

Technische Bedingungen für die geheime elektronische Wahl und Abstimmung

§ 2

(1) Das verwendete elektronische System muss sicherstellen, dass eine elektronische Stimmabgabe ausgeschlossen ist, wenn von diesem Stimm- bzw. Wahlberechtigten bereits eine Stimme erfasst wurde.

(2) Bei der Stimmeingabe darf es durch das verwendete elektronische System zu keiner Speicherung der Stimme des Stimm- bzw. Wahlberechtigten in dem von ihm hierzu verwendeten Endgerät kommen. Es ist zu gewährleisten, dass unbemerkte Veränderungen der Stimmeingabe durch Dritte ausgeschlossen sind. Auf dem Bildschirm muss der Stimmzettel nach Absenden der Stimmeingabe unverzüglich ausgeblendet werden. Das verwendete elektronische System selbst darf die Möglichkeit für einen Papierausdruck der abgegebenen Stimme nach der endgültigen Stimmabgabe nicht zulassen. Das Abstimmungsverhalten der Stimmberechtigten wird bei offener Abstimmung durch das Abstimmungssystem dokumentiert und dem Sitzungsprotokoll beigefügt.

(3) Die Abstimmungs- bzw. Wahlserver müssen vor Angriffen aus dem Netz geschützt sein, insbesondere dürfen nur autorisierte Zugriffe zugelassen werden. Autorisierte Zugriffe sind insbesondere die Überprüfung der Stimm- bzw. Wahlberechtigung, die Speicherung der Stimmabgabe zugelassener Stimm- bzw. Wahlberechtigter, die Registrierung der Stimmabgabe und die Überprüfung auf mehrfache Ausübung des Stimmrechtes (Wahl Daten).

(4) Die Wahrung des Abstimmungs- bzw. Wahlgeheimnisses muss bei geheimer Abstimmung durch geeignete technische Maßnahmen gewährleistet sein.

(5) Die Server müssen im Geltungsbereich der DSGVO stehen.

Technische Anforderungen an die geheime elektronische Wahl und Abstimmung

§ 3

(1) Geheime elektronische Abstimmungen einschließlich Wahlen dürfen nur dann durchgeführt werden, wenn das verwendete elektronische System dem jeweiligen Stand der Technik entspricht. Die zum Zeitpunkt der Wahl oder Abstimmung geltenden Anforderungen und Empfehlungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik sind zu erfüllen. Alternativen zu diesen Anforderungen sind zulässig, sofern die Schutzziele in mindestens gleicher Weise erreicht werden.

(2) Es soll durch geeignete technische Maßnahmen gewährleistet sein, dass im Falle des Ausfalles oder der Störung eines Servers oder eines Serverbereiches keine Stimmen unwiederbringlich verloren gehen können.

(3) Das Übertragungsverfahren der Daten ist so zu gestalten, dass sie vor Ausspä- und Entschlüsselungsversuchen geschützt sind. Die Übertragungswege zur Überprüfung der Stimmberechtigung des Stimm- bzw. Wahlberechtigten sowie zur Registrierung der Stimmabgabe und die Stimmabgabe in die elektronische Abstimmungs- bzw. Wahlurne müssen bei geheimer Abstimmung/Wahl so getrennt sein, dass zu keiner Zeit eine Zuordnung des Inhalts der Abstimmungs- bzw. Wahlentscheidung zum Stimm- bzw. Wahlberechtigten möglich ist.

(4) Die Datenübermittlung muss verschlüsselt erfolgen, um unbemerkte Veränderungen der Abstimmungs- bzw. Wahl Daten zu verhindern. Bei der Übertragung und Verarbeitung der Abstimmungs- bzw. Wahl Daten ist zu gewährleisten, dass bei der Registrierung der Stimmabgabe kein Zugriff auf den Inhalt der Stimmabgabe möglich ist.

(5) Die Erfüllung der vorgenannten technischen Anforderungen ist durch den Systemanbieter durch eine Beschreibung der technischen Umsetzung zu bestätigen.

Störungen der geheimen elektronischen Wahl bzw. Abstimmung

§ 4

(1) Werden hinsichtlich der elektronischen Abstimmung oder Wahl Störungen bekannt, etwa bezüglich der Erreichbarkeit des Abstimmungssystems oder der Server, die ohne Gefahr eines vorzeitigen Bekanntwerdens oder Löschens der bereits abgegebenen Stimmen behoben werden können, und ist eine mögliche Stimmenmanipulation ausgeschlossen, soll der/die Versammlungsleiter/in diese Störungen beheben oder beheben lassen und die elektronische Abstimmung oder Wahl fortsetzen.

(2) Können die in Absatz 1 benannten Gefahren oder eine mögliche Stimmmanipulation zunächst nicht ausgeschlossen werden oder liegen andere gewichtige Gründe vor, ist die elektronische Abstimmung oder Wahl ohne Auszählung der Stimmen zur abschließenden Prüfung zunächst zu unterbrechen. Können nach Prüfung die in Satz 1 benannten Sachverhalte ausgeschlossen werden, kann der jeweilige Versammlungsleiter nach Behebung der zur Abstimmungs- bzw. Wahlunterbrechung führenden Störung die unterbrochene elektronische Abstimmung oder Wahl fortsetzen, sofern dies in Anbetracht der Gesamtumstände sachdienlich erscheint, um den betroffenen Abstimmungs- bzw. Wahlberechtigten ausreichende Gelegenheit zur Stimmabgabe einzuräumen. Anderenfalls wird die elektronische Abstimmung oder Wahl abgebrochen.

(3) In den Fällen der Absätze 1 und 2 hat der jeweilige Versammlungsleiter auch über eine Verlängerung oder eine Verschiebung der Abstimmung oder Wahl zu entscheiden. Kann die Störung nicht während der Sitzung behoben werden, ist eine neue Sitzung einzuberufen.

(4) Störungen im Sinne der Absätze 1 und 2, deren Dauer und die von dem/der Versammlungsleiter/in getroffenen Maßnahmen sowie die diesen zugrundeliegenden Erwägungen sind in der Niederschrift zur Abstimmung oder Wahl zu vermerken.

Inkrafttreten

§ 5

Diese Ergänzung zur Satzung tritt gemäß § 36 Abs. 5 HInGG am 1. Tag des nach der Bekanntmachung folgenden dritten Monats in Kraft.

Ausfertigung

Die Übereinstimmung dieser Ausfertigung mit dem Beschluss der Mitgliederversammlung und der Genehmigung des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen wird bestätigt.

Wiesbaden, 21.01.2022



Dipl.-Ing. Ingolf Kluge
Präsident



Dipl.-Ing. (FH) Peter Starfinger
Geschäftsführer